



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/3766, 18/5025

Personalmangel am Landgericht Regensburg

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, schnellstmöglich dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich und schriftlich über den Personalmangel am Landgericht Regensburg zu berichten.

Dabei sind insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie und wann plant die Staatsregierung, die 18 benötigten Richterinnen und Richter und das dazugehörige unterstützende Personal einzustellen?
2. Warum ist es der Staatsregierung bisher nicht gelungen, den gravierenden Personalmangel am Landgericht Regensburg zu beheben?
3. Welche weiteren Gerichte in Bayern weisen laut Personalbedarfsrechnung mangelnde personelle Ausstattung auf?
4. Wie bewertet die Staatsregierung den Umstand, dass der Vorwurf der Wahlmanipulation in Geiselhöring vor der kommenden Kommunalwahl immer noch nicht aufgeklärt werden konnte?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident